



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale Vernehmlassung zur Agrarpolitik 2014-2017
Für Rückfragen	Tiana Moser, Nationalrätin, Tel. +41 76 388 61 81 Beat Meier, Leiter Fachgruppe Landwirtschaft, Tel. +41 52 203 38 00
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	29. Juni 2011

Agrarreform darf nicht auf halbem Weg stecken bleiben

Grünliberale fordern Vereinfachungen in der Agrarpolitik und einen Einsatz der Steuergelder für konkrete Ziele statt für neue Giesskannen. Im Interesse einer unternehmerischen, produktiven und ökologischen Landwirtschaft sind an den Vorschlägen des Bundes zur Agrarpolitik AP2014-2017 erhebliche Nachbesserungen erforderlich.

Positive Ansätze vorhanden

Die vorgeschlagene Weiterentwicklung des Direktzahlungssystems mit stärkerer Ausrichtung der Beiträge auf konkrete Ziele wird befürwortet. Ausdrücklich begrüsst wird die Aufteilung der Direktzahlungen auf Massnahmen für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Sinne der Bundesverfassung einerseits und auf Zahlungen andererseits, die einkommenspolitische Zielsetzungen verfolgen (Anpassungsbeiträge). Dass die Anpassungsbeiträge personenbezogen und zeitlich befristet sind, geht in die richtige Richtung. Dennoch sind aus grünliberaler Sicht für einen erfolgreichen Umbau des agrarpolitischen Instrumentariums mehrere entscheidende Punkte zu verbessern.

Zielorientierung bleibt auf halbem Weg stecken.

Obwohl bei der Umweltbelastung durch Pestizide, Stickstoff, Phosphor und Treibhausgasen oder bei der Biodiversität erhebliche Defizite bestehen, wird nicht schlüssig gezeigt, wie diese mit den vorgeschlagenen neuen Massnahmen behoben werden. Auch die Aufteilung der Direktzahlungen entspricht nur einer halbherzigen Zielorientierung: Von den jährlich 2.8 Milliarden Franken sollen auch im Jahr 2017 noch über 2 Milliarden Franken oder über 70% auf die Versorgungssicherheitsbeiträge, Kulturlandschaftsbeiträge und Anpassungsbeiträge entfallen. Für den Erhalt dieser Beitragsarten muss ein Betrieb ausser dem ökologischen Leistungsnachweis keine weitere Umstellung vornehmen oder Mehrleistungen erbringen.

Zu viel Geld für zu wenig Leistung

Der Zahlungsrahmen ist zu hoch, falls gemäss Vorschlag nur eine zaghafte Umlagerung der Mittel erfolgt und folglich die Defizite im Umweltbereich weiterbestehen. Mit der Fortsetzung des bisherigen Giesskannenprinzips ist das Ausgabenvolumen nicht zu rechtfertigen. Insbesondere fliessen mit jährlich über einer Milliarde Franken zu viele Mittel in die primär strukturerhaltenden „Versorgungssicherheitsbeiträge“. Ein wesentlicher Teil davon ist zu den Anpassungsbeiträgen umzulagern und im Zeitverlauf zu reduzieren beziehungsweise für die Erreichung der Umweltziele einzusetzen.

Mehr Verwaltungsaufwand statt überfällige Vereinfachung

Anstelle einer Vereinfachung des Vollzugsaufwands für Verwaltungen und für die Betriebe lassen die Vorschläge das Gegenteil befürchten. Die Grünliberalen erwarten grundsätzliche Vereinfachungen (z.B. weniger Direktzahlungsarten durch die Reduktion von Doppelspurigkeiten) und damit auch eine verbesserte Transparenz. Letzteres wird entscheidend sein für eine breite Akzeptanz des neuen Systems.